

Was nun?

Autor(en): **Vischer, Daniel**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **82 (2004)**

Heft 1

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341826>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Was nun?

Gibt es überhaupt Mitte-links-grün?

Im Vorfeld der Bundesratswahl war verschiedentlich von Mitte-links-grün die Rede. Auch wir Grünen haben das ins Spiel gebracht, eine zugegeben etwas trügerische

Daniel Vischer

Bezeichnung. Zum einen, weil die infrage kommenden BundesrätInnen der FDP und CVP alles andere als eine Mitte-links-Politik verkörpern, die sich von einer Sparpolitik, die im Kern eine Umverteilungspolitik ist, abwendet. Gleichzeitig gilt dies mehrheitlich auch für diese Fraktionen und Parteien selbst. Realistisch gesehen besteht heute inhaltlich keine parlamentarische Mehrheit zu Gunsten einer ökologisch und sozial ausgewogenen Mitte-links-grün-Option, selbst wenn zum Beispiel steuerpolitische mittelständische Anliegen der sog. Mitte verstärkt einbezogen würden. Die Mehrheit von FDP und CVP sitzt etwa beim heutigen Umverteilungs- und Deregulierungssparkurs im Boot der SVP. Ob sich dagegen Volksmehrheiten organisieren lassen, wird sich bei den Abstimmungen über die 11. AHV-Revision und das Steuerpaket weisen. Der Avanti-Entscheid der CVP war dabei schon eine erfreuliche Abkehr.

Es ist aber auch falsch zu meinen, die CVP sei insgesamt eher links von der Mitte, die FDP rechts. In den Sonderbundskantonen steht die CVP vielmals eher rechts von der Mitte. Gleichzeitig sind beide Parteien aber

auch in sich gespalten. Während z.B. die FDP im Kanton Zürich auf Kantonebene und auf dem Land zur SVP tendiert, steht sie in der Stadt Zürich in einer Mitte-links-Koalition mit Rotgrün. Je stärker Rotgrün in einer Exekutive ist, desto mehr setzt sich die FDP von der SVP ab, selbst wenn es rechnerisch bürgerliche Mehrheiten gäbe. Das zeigt aber auch, dass weder CVP noch FDP einfach die Mitte repräsentieren. Sie sind vielmehr hin und her gerissen zwischen den beiden Blöcken neoliberal/SVP+ und Rotgrün, die künftig die Auseinandersetzung noch stärker dominieren werden.

Die Mitte ist nicht mehr Motor der schweizerischen Politik

Die Zeiten, in denen FDP und CVP der Motor der schweizerischen Politik von, wie sie meinen, der Mitte aus, waren, sind vorbei. Es wird zu wechselnden Koalitionen kommen, in denen der eine der beiden Pole prägend sein wird. Soziologisch gesehen sind ohnehin alle Parteien von der «Mitte» geprägt. Der Mittelstand ist elektoral gesehen überall dominant, bei der SP zunehmend, am wenigsten vielleicht sogar bei der SVP, die zwei starke Pole – reich/ehemalige SP-ArbeiterwählerInnen – aufweist, wobei letzteres möglicherweise aber auch überschätzt wird. Die SVP ist als Partei und elektoral heterogener, als dies bislang nach aussen aufscheint, mit einem traditionell ausgerichteten Gewerbe- und Bauernflügel, der innerlich staats-treu, wenn auch vom Staat ob dessen notwen-

diger Modernisierung etwa im Umwelt- und Bildungsbereich frustriert ist, aber gewichtig von ihm lebt, und dem neuen «berlusconisierenden Treuhändermilieu», das einem reaktionären Selbsthilfeverständnis frönt und immer stärker rechts-anarchisierend agiert. Beide Teile vereint Emanzipationsfeindlichkeit und die Negierung der realen Pluralität. Es wird sich zeigen, ob jemand anders als Blocher diese Flügel zusammenhalten kann.

**Modernisierer
und Modernisie-
rungsgegner sind
in beiden Lagern
vorhanden.**

Zunehmende Volatilität in den Parteipräferenzen

Die Parteipräferenzen bilden sich zunehmend anhand von Mentalitäts-, kulturellen und ideologischen Kriterien, derweil die soziale Interessenlage kaum mehr eindeutig im Vordergrund steht, was nicht negiert, dass die soziale Schere zunimmt und die neue Armut wächst, sondern sich auf das Wahlverhalten jener bezieht, die wählen. Es sind vielmals ähnliche Einkommensschichten, die SVP oder SP/grün wählen. Gleichzeitig nehmen die traditionellen Parteibindungen ab, worunter vornehmlich die CVP leidet. Immerhin gelingt es der SVP als rechtsprotestantischer Partei, im rechtskatholischen Lager der Sonderbundskantone Stimmen zu gewinnen, was noch vor wenigen Jahren aus konfessionellen Gründen kaum möglich gewesen wäre. Eine immer wichtigere Spaltung zeichnet sich mentalitätsmässig zwischen den städtischen Zentren und dem übrigen Land ab: Während in den Städten Rotgrün wieder deutlich zunimmt, gilt dies sonst für die SVP. Interessanterweise uneinheitlich ist das Wahlverhalten bezüglich der Modernisierung. Während die SVP auch bei im Finanzplatzdienstleistungszentrum tätigen WählerInnen gewinnt – Blocher ist inzwischen geradezu zum Mann Ospels geworden, der indes in Basel bestimmt nichts mit der SVP zu tun haben will –, die sich als klare Globalisierungsmodernisierer ver-

stehen, ist die Globalisierungsskepsis in der Wählerschaft der SP und der Grünen in den letzten Jahren bestimmt grösser geworden. Vielleicht müsste diesbezüglich auch einmal die Frage des EU-Beitritts anders als «Öffnung ja oder nein» diskutiert werden.

Gerade weil Modernisierer und Modernisierungsgegner in beiden Lagern vorhanden sind, ergeben sich auch unheilige Allianzen zwischen Rotgrün und SVP wie bei der Abstimmung über das EMG. Aber auch in vordergründig ideologisch klar besetzten Fragestellungen wie der Verwahrungsinitiative darf der Anteil an Zustimmung bei der rotgrünen Wählerschaft keineswegs unterschätzt werden; das gilt übrigens auch in der Asylauseinandersetzung. Modern/modernisierungskritisch, mehr Staat/weniger Staat oder liberal/autoritär eignen sich mithin nicht einfach als eindeutige Parteiparameter auf der Links-rechts-Achse. Die Mehrheiten bilden sich überdies zusehends volatiler von Sachfrage zu Sachfrage, die Lust zu einheitlichen Programmatiken reduziert sich zusehends auf Feelings und Werte.

Der arithmetische «Von-Fall-zu-Fall-Bundesrat»

Heute haben wir einen rein arithmetisch zusammengesetzten Bundesrat, derweil die Zauberformel als politischer Wille zur gemeinsamen Grundpolitik tot ist. Dieser Bundesrat basiert sowohl unabhängig seines Designs als Altherrenriege mit einer Frau als intellektueller Leaderin und einem urbanen Skeptiker, als auch von den Personen abgesehen, in nichts mehr auf einer vorab vereinbarten Formel der darin vertretenen Fraktionen. Das wäre auch nicht anders, wenn Beerli statt Merz und Rita Fuhrer statt Blocher gewählt worden wäre. Zwischen den Bundesratsparteien ergibt sich kein gemeinsamer Wille mehr zur Regierungsbildung. Allein die Kon-

tingenz der Wahl entschied, und entsprechend wird sich wohl auch die künftige Bundesratspolitik kontingent entwickeln, mithin programmlos. Von einer Koalition ist nichts mehr zu sehen. Vielleicht ist das aber auch auf absehbare Zeit die einzig realistische Regierungsformel: der arithmetische «Von-Fall-zu-Fall-Bundesrat». Für etwas anderes gibt es derzeit weder klare Mehrheiten noch erkennbare programmatische Gemeinsamkeiten.

Dieser Bundesrat geniesst denn auch vorderhand kaum allzu grossen Goodwill, was seine personelle Zusammensetzung betrifft: zu rechts, zu wenig Frauen, zu ländlich vom Habitus. Die Schweiz ist eben nicht so.

Mobilisierung gegen Rechtswende

Die Gefahr einer Rechtswende zu Gunsten eines «Economiesuisse-Bundesrates» besteht, gewiss wollen dies nicht zuletzt wirtschaftliche Schaltstellen im Lande. Allzu gross ist indes der Spielraum nicht einmal in der Finanz- und Sozialpolitik, ganz abgesehen davon, dass schon reichlich viel an sozialer Umverteilung und ökologischer Deregulierung aufgegleist worden ist. In gesellschaftspolitischen Fragen gibt es sogar im Parlament kaum eine klare Rechtsmehrheit; am heikelsten präsentiert sich bestimmt die Frage der Ausländer- und Asylpolitik.

Linksgrün hat ein Referendumspotenzial, das dem der SVP nicht nachsteht. Die Mobilisierung gegen diesen Bundesrat hat denn auch bereits begonnen, darf aber nicht überschätzt werden. Ihr Erfolg wird wesentlich davon abhängen, ob es Linksgrün gelingt, im Milieu der privaten Dienstleistungsbetriebe neue AnhängerInnen zu gewinnen, die mehrheitlich abseits dieser Mobilisierung stehen. Dort besteht das grösste Zusatzpotenzial einer Grundstimmung gegen die Avancen von rechts.

Themenführerschaft, nicht Besitzstandswahrung ist gefragt

Eine Politik der reinen Besitzstandswahrung, die sich angesichts des rechtslastigen Bundesrats als verführerisch erweist, könnte alsbald zur Falle werden. In allen grossen Themenbereichen, von der Zukunft der Sozialwerke, der Sanierung des Bundeshaushalts, der KVG-Revision, dem qualitativen Ausbau des Bildungssystems bis zur Asyl- und Ausländerpolitik besteht heute Handlungsbedarf auch aus linksgrüner Optik.

Eine gewisse Sparpolitik ist z.B. schon nur deshalb nötig, um genügend Mittel für neue Aufgaben zu sichern. Das gilt nicht zuletzt im Bildungswesen. Die AHV wird, will sie auf einer Flexibilisierung des Rentenalters nach unten aufbauen, neue Einnahmequellen finden müssen. Dabei könnte sich auch ein Schrittwechsel zu Gunsten einer Ökosteuer aufdrängen. Die Probleme im Gesundheitswesen sind nicht nur mit Umverteilungsmechanismen zu lösen. Die Frage eines neuen Einwanderungsgesetzes steht nicht erst seit heute auf der Tagesordnung.

Damit akzentuiert sich auch der Wettbewerb um die Themenführerschaft in den grossen Dossiers – auch innerhalb des linksgrünen Lagers. Bei allem Verständnis für ein möglichst einheitliches Auftreten gegenüber der Offensive von rechts: 4 Jahre Denkverbot und Entpluralisierung innerhalb von Linksgrün wären verheerend – umso mehr, als auch unsere WählerInnen in Sachfragen viel volatiler agieren, als wir zuweilen annehmen. Einfach zu sagen, wir machen klar linke oder klar grüne Politik, verblasst zur Leerformel.

Daniel Vischer ist Anwalt und seit dem 19. Oktober 2003 Nationalrat der Grünen (ZH).